

Europäische Parteien

JOHANNA SCHMIDT

Ein verbindliches Rechtsstatut für europäische Parteien sowie eine Regelung ihrer gemeinschaftlichen Finanzierung steht immer noch aus. Weder die schwedische noch die belgische Ratspräsidentschaft konnten den Vorgang 2001 zum Abschluss bringen. Befürchtet wird, dass auch die spanische Ratspräsidentschaft nach der ersten Jahreshälfte 2002 die Frage des europäischen Parteienstatuts ihrem Nachfolger Dänemark „als einen Vorgang in einem ungeöffneten Umschlag weiterreichen wird“.¹

Der rechtliche Stand ist wie gehabt: Nach der Ratifikation des Vertrags von Nizza in allen Mitgliedstaaten ist vorgesehen, auf der Grundlage des ergänzten Artikels 191 EGV im Mitentscheidungsverfahren ein Parteienstatut zu verordnen. Da sich das Inkrafttreten des Vertrags bis 2003 hinziehen kann, wurde die Kommission 2001, vor allem auch auf gemeinsames Drängen der Fraktionen des Europäischen Parlaments (EP) aktiv.² Das EP hat am 17. Mai 2001 eine Stellungnahme zum Vorschlag der Kommission vom 13. Februar 2001 abgegeben, die 25 Änderungsanträge beinhaltete. 20 dieser Vorschläge integrierte die Kommission in ihren geänderten Vorschlag, den sie am 16. Juli 2001 vorstellte.³

Der Vorschlag der Kommission, der die Empfehlungen des EP enthält, war Grundlage für die Beratungen des Europäischen Rats im Jahr 2001. Unter der belgischen Ratspräsidentschaft gehörte das europäische Parteienstatut zu den Prioritäten, was von den führenden Fraktionen des Europäischen Parlaments am 10. Oktober 2001 mit einem gemeinsamen Positionspapier gewürdigt wurde.⁴ Umso größer war die Unruhe, als die Belgier nach zahlreichen Verhandlungsrunden ihre Versuche, eine einstimmige Entscheidung zu erreichen, aufgaben und das Thema von der Tagesordnung des Allgemeinen Rats am 10. Dezember 2001 strichen.⁵ Obwohl es einerseits bedauerlich ist, dass der Rat wiederum keine Entscheidung hinsichtlich dieses wichtigen Themas fällen konnte, beinhaltet die nicht erfolgte Entscheidung laut Antony Beumer, dem Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas, auch eine Chance, ein besseres Ergebnis zu erzielen. Im besonderen kritisiert er, dass einzelne Punkte des Vorschlags der Kommission durch die belgische Verhandlungsführer zu sehr „verwässert“ wurden. Drei Probleme erschwerten die Einigung innerhalb des Rats:

- Überprüfung der demokratischen Kriterien: Die österreichische sowie die italienische Regierung waren gegen die Festschreibung eines Mechanismus, der die Streichung einer europäischen Partei aus dem Register nach sich ziehen würde,

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

falls diese die Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit nicht respektierte, wie sie im Artikel 6 EU-Vertrag verankert sind. Dies geschah vor allen Dingen auf Drängen der beteiligten Regierungsparteien FPÖ bzw. Lega Nord.

- Anerkennung von europäischen Parteien: Der Vorschlag der belgischen Ratspräsidentschaft bestimmte, dass eine Partei zumindest 5% der Wählerstimmen auf europäischer, nationaler oder regionaler Ebene auf sich vereinigen müsse und dies in drei Mitgliedstaaten. Dagegen wehrte sich insbesondere die österreichische Regierung, die zwei Mitgliedstaaten für ausreichend hielt und nur Kompromissbereitschaft beweisen wollte, falls im Statut auf den Passus „demokratische Kriterien“ verzichtet würde.
- Akzeptanz von Spenden: In diesem Problemfeld war keine Einigung unter den Ratsmitgliedern möglich. Die Spannbreite reichte vom völligen Verbot von Spenden (Frankreich) bis zur Akzeptanz einer gewissen Höhe und bei gleichzeitig gewährter Transparenz (Deutschland). Für die 15 Mitgliedstaaten ist es kompliziert, eine gemeinsame Position zu finden, da die nationalen Regelungen sehr von einander abweichen.

Gegenwärtig beruht ein Teil der Rechtsgrundlagen für europäische Parteien weiterhin auf einer internen Regelung des EP, das die Beziehungen zwischen EP, den Fraktionen und den europäischen Parteien regelt. Als Reaktion auf den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs vom 28. Juni 2000 über die Ausgaben der Fraktionen des EP, nahm das Büro des EP im Oktober 2000 folgende Verordnung an, um die kritisierte Finanzierungspraxis transparenter zu machen. So hat man sich auf die Regelung geeinigt, dass die Fraktionen des EP ihre Parteien bzw. die europäischen Parteifamilien mit maximal 10% ihrer Funktionsträger sowie mit maximal 5% ihrer finanziellen Zuweisung vom EP finanziell unterstützen. Dem Gebot der Transparenz wird in Form von jährlichen Berichten, die den Finanztransfer von Fraktion zu Partei und Verwendungsnachweise dokumentieren, in Ansätzen Folge geleistet.

Die Europäische Volkspartei

Die Europäische Volkspartei (EVP) wird mit 232 Abgeordneten im EP vertreten und bildet zusammen mit den Europäischen Demokraten die größte Fraktion (EVP-ED). Fraktionsvorsitzender ist weiterhin Hans-Gert Pötering (CDU), Präsident der Partei seit 1990 Wilfried Martens von der belgischen CVP. In der EVP sind 42 Parteien sowohl aus Mitgliedstaaten als auch aus Beitrittskandidatenländern zusammen geschlossen, 25 als Vollmitglieder, 16 als assoziierte Mitglieder und die EVP-ED-Fraktion als Vollmitglied. Die Partei führte im vergangenen Jahr keinen Parteikongress durch, der XV. Parteikongress wird erst im Oktober 2002 in Lissabon stattfinden.

Eines der zentralen Themen der konservativen Partei des vergangenen Jahres war die Erweiterung der Europäischen Union (EU), die die EVP als „moralische, historische und politische Pflicht“ ansieht. Die zweite zentrale Frage besteht in der

künftigen Reform der Organe und Einrichtungen der EU. So legte die EVP im Vorfeld zur Ratssitzung in Laeken als erste Partei am 6. Dezember 2001 auf ihrer Vorstandssitzung einen ausführlichen Diskussionsvorschlag für die institutionellen Reformen der EU vor: „Eine Verfassung für Europa, die funktioniert“ (A Constitution for a Europe that Works).⁷ In diesem Zusammenhang begrüßte auch Pötering die „Erklärung von Laeken“ vom Dezember 2001 und deren Reformen als einen anspruchsvollen und ehrgeizigen Start und wertete besonders das umfassende Mandat positiv, mit dem die Staats- und Regierungschefs den Konvent ausgestattet haben. Wie die anderen Parteienfamilien auch, beschäftigte sich die EVP vor allen Dingen mit der inhaltlichen Vorbereitung ihrer Vertreter im Konvent und hat aus diesem Grund auch eine Erklärung formuliert, die ihre Standpunkte für eine gelungene Reform klarmacht („Auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft“).⁸

Die Sozialdemokratische Partei Europas

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) wird im EP durch die gleichnamige Fraktion vertreten. Mit 179 von 626 Abgeordneten ist die Parlamentarische Fraktion der SPE unter dem Vorsitz von Enrique Baron Crespo (PSOE, Spanien) die zweitgrößte politische Fraktion im EP.⁹ Die Fraktion stellt die Vorsitzenden für eine Reihe wichtiger parlamentarischer Ausschüsse, hat darüber hinaus weitere wichtige Posten inne und kann wie die EVP-ED Mitglieder aus allen 15 EU-Mitgliedsländern aufweisen. Den Vorsitz der Partei hat seit Mai 2001 Robin Cook (GB, Labour) inne. Die Partei vereinigt 20 Mitgliedsparteien, 14 assoziierte und sechs Beobachterparteien. Durch verlorene Nationalwahlen, sind nur noch sieben SPE-Mitgliedsparteien in den Mitgliedstaaten der Union in der Regierungsverantwortung.¹⁰ Weiterhin gehören 10 der 20 Kommissar/innen den SPE-Mitgliedsparteien an.¹¹ Die SPE hat im Vergleich zum Vorjahr auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vier Vertreter eingebüßt und so gehören nunmehr sechs Premiers der 15 Mitglieder des Europäischen Rats den SPE-Mitgliedsparteien an.

Die folgenden politischen Hauptthemen dominierten die Agenda der SPE: Die Sicherheit nach dem 11. September, die EU-Erweiterung und die Zukunft der EU. Dementsprechend stellte die SPE am 17. Mai 2002 in Wien ihr erstes Jahrbuch „Visionen für Europa“ vor. Regierungschefs, Parteivorsitzende und andere SPE-Persönlichkeiten legten ihre Positionen zu diesen Themenbereichen dar.¹²

Einen Beitrag zur Debatte um die zukünftige Gestaltung der EU hat die SPE bereits im Vorfeld der Ratssitzung in Laeken im Dezember 2001 vorgelegt. Die Deklaration „The Future of Europe“ legt die inhaltlichen Schwerpunkte der Partei dar; auf deren Grundlage auch nach der Konstituierung des Konvents sechs parteiinterne Arbeitsgruppen gebildet wurden, die in enger Abstimmung mit den Konventsmitgliedern aus den SPE-Reihen die Parteipositionen erarbeiten.¹³ Durch die Vertreter des EP, die Vertreter der nationalen Parlamente und der Regierungen stellt die SPE mit 57 Mitgliedern den größten Block im Konvent. In der inhaltlichen Arbeit nimmt die Positionierung der SPE-Parteimitglieder im Konvent den meisten Raum ein. Abgesehen davon, befasste sich die Partei mit den Reformen der europäischen

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

Agrarpolitik, der Vorbereitung des Johannesburger Treffens der UN zur nachhaltigen Entwicklung, der Bekämpfung des Rechtsrucks in der europäischen Politik und der globalen Verantwortung Europas.

Die Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei

Die drittstärkste Fraktion im EP stellt die Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei (ELDR), die 53 Abgeordnete zählt. Die Partei ELDR konnte im vergangenen Jahr die Zahl ihrer Mitglieder erhöhen und zählt nun 42 Vollmitgliedsparteien und sieben „affilierte“ Mitglieder aus mehr als 35 Ländern.¹⁴ Personell haben sich auf hoher Ebene keine Veränderungen ergeben: Der im April 2000 vom Parteitag ernannte Generalsekretär Lex Corjin (Vlaamse Liberalen en Democraten, Belgien) ist ebenso weiterhin im Amt wie seit September 2000 der Vorsitzende Werner Hoyer (FDP). Ein wichtiges Ereignis für die ELDR war die Wahl des irischen Liberalen Patrick Cox zum Präsidenten des EP am 15. Januar 2002. Cox übernahm das Amt von der französischen Konservativen Nicole Fontaine und wird das EP bis zur nächsten Wahl Mitte 2004 führen. Mit dem ehemaligen Chef der liberalen Fraktion – sein Nachfolger wurde Graham Watson (Lib-Dems, GB) – übernahm zum ersten Mal seit der ersten Direktwahl des Parlaments durch die Bürger der EU im Jahre 1979 ein Vertreter einer kleinen Partei den Vorsitz – bislang hatten stets die Sozialdemokraten oder Konservative den Präsidenten gestellt.¹⁵ Die erfolgreiche Wahl von Pat Cox beruht auf einer Absprache mit der konservativen Fraktion (EVP-ED). 1999 sah die vertragliche Regelung zwischen den beiden Fraktionen die Unterstützung der konservativen Kandidatin Fontaine durch die ELDR-Fraktion vor. Im Gegenzug wurde vereinbart, dass Cox in der zweiten Legislaturperiode das Amt des Parlamentspräsidenten übernehmen sollte.¹⁶ Die liberale europäische Partei sieht in der Besetzung eines weiteren hohen Postens der EU-Institutionen mit einem Vertreter aus ihren Reihen auch eine Würdigung ihrer wachsenden politischen Bedeutung.¹⁷

Inhaltlich befasste sich die Partei im vergangenen Jahr mit drei Hauptthemenkomplexen: Den Perspektiven der Beitrittskandidaten, der Reform der EU-Institutionen und den Mängeln der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. „The Future of Europe“ – so lautete das Motto des jährlich im Herbst stattfindenden ELDR-Partei-kongresses, der vom 24. bis 28. September 2001 in Ljubljana stattfand. Bereits in der Auswahl ihres Tagungsorts in Slowenien sahen die Liberalen ihre positive Haltung zur Erweiterung der Union zum Ausdruck gebracht. Dementsprechend befassten sich die 16 auf dem Kongress verabschiedeten Resolutionen¹⁸ schwerpunktmäßig mit diesem Thema. Die Diskussion über die eigenen Parteistatuten brachte eine kleine, aber nicht unwichtige Änderung: Erstmals ist auf europäischer Ebene eine individuelle „e-membership“ der Partei möglich. Die Frühlingsskonferenz des Parteirats der ELDR (4.-5. April 2002 in Brüssel) stand unter dem Aspekt des „Interkulturellen Dialogs“. Die besorgniserregende Lage in Nahost veranlasste die liberale Partei, ihre kritische Position zur europäischen Außenpolitik zu untermauern und forderte eine UN-Konferenz über Sicherheit und Kooperation im

Nahen Osten.¹⁹ Wie die anderen europäischen Parteien begrüßten auch die Liberalen die Schlussklärung von Laeken und die Einberufung des Konvents. Da die Fähigkeit der EU auch nach der Erweiterung effizient zu handeln, eines der politischen Ziele der Liberalen ist, versuchen sie ihre Positionen zu den erforderlichen Reformen der bestehenden EU-Institutionen im Konvent einzubringen. In diesem Zusammenhang setzten sie sich weiterhin für ein föderales Europa ein.²⁰

Die Europäische Föderation der Grünen Parteien

Die Positionen der Europäischen Föderation der Grünen Parteien (EFGP) wird im EP durch die Fraktion der GRÜNEN/Europäische Freie Allianz (Die GRÜNEN/EFA) vertreten, die 45 Abgeordnete stellt. Die Fraktionsspitze teilen sich nach bewährter Tradition der grünen Parteien, die Führungspositionen aufzuteilen, die beiden Co-Vorsitzenden Monica Frassoni (Ecolo, Belgien) und Daniel Cohn-Bendit (Les Verts, Frankreich). Bedeutend für die zukünftige Zusammenarbeit der Föderation und der Fraktion ist die Unterzeichnung eines Abkommens Anfang 2001, das die jahrelange Kooperation auf eine formale Grundlage stellt. Die Prioritäten der Föderation, die mittlerweile 32 Mitgliedsparteien und fünf Beobachterparteien (darunter auch die Föderation der Jungen Europäischen Grünen (FJEG)) vereinigt, sind für das Jahr 2002 auf dem 12. Treffen des EFGP-Rats (30. November bis 2. Dezember 2001) in Budapest festgeschrieben worden. Wie bereits im Vorjahr wurde ein „Aktionsplan“²¹ vorgestellt. Als vorrangiges Ziel wird weiterhin die Stärkung der grünen Parteien in allen europäischen Ländern gesehen. Das schließt die Verbesserung der Beziehungen zu den einzelnen Parteien und deren Unterstützung bei den nationalen Wahlen ein. Erste Erfolge stellen dabei die Neuaufnahme der Litauischen Grünen Partei sowie die Versendung von Mediatoren zu den verschiedenen grünen Gruppierungen in Slowenien dar, um dort eine Vereinigung zu erlangen. Auf der Tagung wurden auch die beiden Co-Sprecher Marian Coyne (Scottish Green Party) und Pekka Haavisto (Vihreä Liitto, Finnland) in ihren Ämtern bestätigt. Höhepunkt der Tätigkeiten der Föderation war der 3. Kongress,²² der am 17. bis 19. Mai 2002 in Berlin stattfand. An diesem, alle drei Jahre stattfindenden, Ereignis wurden 26 Resolutionen verabschiedet. Die darin zum Ausdruck gebrachten Positionen reichen vom ureigensten Thema der Grünen, dem Umweltschutz, über das Bemühen um eine gerechte, soziale und nachhaltige Gestaltung der Globalisierung bis zum Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Neubestimmung der transnationalen Sicherheitspolitik. Am wichtigsten für die organisatorische Zukunft der Föderation ist die Resolution über die Europäischen Politischen Parteien zu betrachten: Spätestens zur Europawahl 2004 soll eine gemeinsame grüne Partei gegründet werden.²³

Anmerkungen

1. Beumer, Anthony: Generalsekretär der SPE am 13.12.2001, www.pes.org/publications.
2. Vgl. Kießling, Andreas: Europäische Parteien, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, Bonn 2001, S. 289f.
3. Vgl. Maurer, Andreas: Das Europäische Parlament, in: ebd., S. 62f.
4. Dokumentiert unter der Rubrik publications auf der SPE-homepage: www.pes.org.
5. Vgl. statement von Ursula Schleicher (EVP-ED), www.epp-ed.europarl.eu.int/Press.
6. Vgl. Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, März 2002, S. 209.
7. www.eppe.org/news/n20t_epp_polit_121.as.
8. Erklärung vom 29. Februar 2002, dokumentiert unter: <http://epp-ed.europarl.eu.int/Press/pthem02>.
9. homepage der Fraktion: www.europarl.eu.int/pes.
10. Belgien, Deutschland, Finnland, Griechenland, Niederlande, Schweden und Vereinigtes Königreich, Stand: Juni 2002.
11. Vgl. Rubrik „SPE&EU-Institutionen“ unter www.pes.org.
12. Jahrbuch bestellbar auf der homepage der SPE: www.pes.org.
13. Vgl. Rubrik „Future of Europe Convention“ auf der homepage der SPE: www.pes.org.
14. Die letzten Aufnahmen fanden an der Parteitagssitzung in Brüssel 4.-5. April 2002 statt. Siehe www.eldr.org/en/new/newsletter/springconference.html.
15. Zum Wahlhergang und -ergebnis siehe <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/epraes/coxwahl.shtml>.
16. Vgl. Kießling, Andreas: Europäische Parteien, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, Bonn 2000, S. 284.
17. Gemeint ist der Kommissionspräsident Romano Prodi und der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, der im Juni 2002 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Vgl. auch www.eldr.org/en/new/index.html.
18. Alle Resolutionen dokumentiert unter: www.eldr.org/en/new/latestresolutions.html.
19. www.eldr.org/en/new/press/conferencesecurity.html.
20. vgl. „Andrew Duff speech to Convention“ vom 21. März 2002, www.euolib.org/docs/2002.html.
21. www.europeangreens.org/info/policy/actionplan02.html.
22. Zur umfassenden Dokumentation der Ergebnisse des Kongresses siehe www.efgp-congress.net.
23. Siehe <http://www.europeangreens.org/info/resolutions/berlin22.html>.

Weiterführende Literatur

- Kreppel, Amie: The European Parliament and Supranational Party System. A Study in Institutional Development, Cambridge 2002.
- Johansson, Karl Magnus/Zervakis, Peter (ed.): European Parties between Cooperation and Integration, Baden-Baden 2002.
- Day, Alan J. (ed.): Directory of European Union Political Parties, London 2000.
- Deinzer, Gerold: Europäische Parteien. Begriff und Funktion in einem europäischen Integrationsensemble, Baden-Baden 1999; Beumer, Anthony: Generalsekretär der SPE am 13.12. 2001, www.pes.org/publications.
- Sturm, Roland/Pehle, Heinrich: Das neue Regierungssystem, Opladen 2001, insbes. S. 137-156.